

**Gegenstand: Verpflichtung neuer Ratsmitglieder nach § 30 GemO;  
Petra Zachmann - Bündnis 90/Die Grünen und  
Julia Rehberger - SWG**

Die Vorsitzende weist die neuen Ratsmitglieder Julia Rehberger (SWG-Fraktion – als Nachfolgerin für Frau Sandra Selg) und Frau Petra Zachmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – als Nachfolgerin für Frau Irmgard Münch-Weinmann) auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hin.

Die entsprechend § 30 GemO vorgesehene Verpflichtung auf die Einhaltung dieser Regeln durch den obligatorischen Handschlag muss in Zeiten der Corona-Hygiene- und Abstandsregelungen verzichtet werden; sie wird laut Vorsitzender durch ein „freundliches Lächeln“ ersetzt.

**Gegenstand: Coronamaßnahmen;  
Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 16.05.2019  
[Vorlage: 0302/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende erläutert eingangs, warum dieser Tagesordnungspunkt aufgenommen wurde, obwohl es sich augenscheinlich nicht um einen Antrag im Sinne der kommunalen Selbstverwaltungsangelegenheiten handelt. Vielmehr wird aus der Antragstellung deutlich, dass es offenbar erheblichen Erklärungsbedarf hinsichtlich der Zuständigkeiten in Fragen des Gesundheitsschutzes gibt, auch in Ratskreisen. Mit dem Erlass der Corona-Bekämpfungsverordnungen des Landes Rheinland-Pfalz sind die Verantwortlichkeiten komplett auf das Land übergegangen. Die Kommunen sind nur noch Vollzugsbehörde nach dem Infektionsschutzgesetz. Es sind lediglich verschärfende Abweichungen von der Landesregelung in enger Absprache mit dem Land möglich; einseitige Lockerungsmaßnahmen sind nicht zulässig. Eine Überprüfung der Landesmaßnahmen steht den Kommunen nicht zu.

Im Übrigen weist sie darauf hin, dass das im AfD-Antrag zitierte Papier kein Gutachten des BMI darstellt, sondern die persönliche Meinung eines Mitarbeiters des BMI wiedergibt, deren Verbreitung im Namen des Ministeriums nicht autorisiert war.

Da es sich nicht um einen Antrag im Sinne des § 34 Abs. 5 Gemeindeordnung handelt, wird keine Aussprache bzw. keine Begründung durch die antragstellende Fraktion zugelassen. \*)

\*)

*Protokollnotiz: siehe dazu auch TOP 11*

**Gegenstand: Jahresbericht des Jugendstadtrates**

Nach Einleitung durch die Vorsitzende geben Henrike Misske (Vorsitzende des Jugendstadtrates) und Corinna Schlosser (stv. Vorsitzende) einen kurzen Aufriss der Arbeit des JSR, der sich wie folgt gliedert:

**Form der Zusammenarbeit**

Für gewöhnlich trifft sich der Jugendstadtrat (JSR) alle zwei Wochen. Derzeit hält der JSR wöchentlich Telefonkonferenzen ab, um während der Corona-Pandemie flexibel und „up-to-Date“ zu sein.

**Rückblick**

Infostand bei der Popfastnacht

- I. Teilnahme am Dreck-Weg-Tag
- II. Redebeitrag bei der Mahnwache für Hanau
- III. Hilfe bei der SAS während der Corona-Pandemie
- IV. Anlegen von zwei Beeten am St.-Guido-Stifts-Platz
- V. Vernetzung

**Ziele**

Die Ziele des JSR gehen aus dem Zielsetzungsseminar des 22. Mai 2020 hervor, bei dem Ideen der Mitglieder auf einer digitalen Pinnwand gesammelt wurden.

Die Kategorien, in die sie eingeteilt wurden, lauten:

- I. Fifty's (Jugendzentrum am Ameisenberg)
- II. Infrastruktur
- III. Politische Bildung
- IV. Veranstaltungen
- V. Öffentlichkeitsarbeit
- VI. Sonstige

Viele dieser Ziele implizieren die Arbeit in den Ausschüssen. Daher hofft der Jugendstadtrat auch weiterhin auf gute Zusammenarbeit mit dem „großen“ Stadtrat.

Die Vorsitzende dankt für den Bericht und das Engagement der jungen Leute, sich im kommunalpolitischen Raum für die Belange Jugendlicher zu betätigen, wofür auch die Sozialen Netzwerke intensiv genutzt werden.

**Gegenstand: Berufung von Beauftragten für Menschen mit Behinderungen - 2020-2022**  
**[Vorlage: 0297/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Kabs berichtet einleitend, dass nach dem Tod von Wolfgang Brendel die Aufgabe der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen von Frau Mitsch (IBF) und zunächst Herrn Krämer (Dt. Tourette-Gesellschaft) bzw. aktuell von Herrn Driest wahrgenommen wurde.

Sie spricht an beide den Dank der Stadt für die geleistete Arbeit und die Bereitschaft aus, ihre Netzwerke auch weiterhin zu nutzen. Beide verfügen über hervorragende Kontakte in die Fraktionen und zur Verwaltung, die sich dank verbesserter Zugänglichkeit durch den Aufzug im Stadthaus weiter intensivieren lassen. Beide sind hochengagiert und haben sich auf die Ausschreibung beworben.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beruft einstimmig folgende Personen für den Zeitraum vom 01.05.2020 bis 30.04.2022 zu Beauftragten der Stadt Speyer für Menschen mit Behinderungen:

- Frau Brigitte Mitsch
- Herrn Rhett-Oliver Driest

Sie sind Ansprechpartner der Stadt für alle Angelegenheiten, die Menschen mit Behinderung berühren, beraten den Stadtrat und die Verwaltung in diesen Fragen und sind bei allen Vorhaben, welche die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen betreffen könnten, zu hören. Frau Mitsch und Herr Driest nehmen die gemeinsame Aufgabe gleichberechtigt wahr.

Für die ehrenamtliche Tätigkeit wird eine persönliche Aufwandsentschädigung entsprechend § 4 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Speyer gewährt. Im Falle einer genehmigten Dienstreise aus Anlass des Ehrenamtes wird Reisekostenvergütung nach § 4 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Speyer gezahlt. Die Beauftragten sind dem Dezernat von Frau Bürgermeisterin Kabs zugeordnet.

**Gegenstand:** **Patientenfürsprecher/in für die psychiatrische Tagesklinik Speyer (Erwachsenenpsychiatrie) und die Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Speyer der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie Klingenstein**  
**[Vorlage: 0312/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Kabs erläutert, dass seit rund einem Jahr die Tageseinrichtungen des Pfalzkrankenhauses in Speyer existieren. Hierzu besteht die Verpflichtung zur Wahl von Patientenfürsprechern nach § 25 LKG, wie in der Vorlage erläutert. Frau Feitig verfügt über langjährige Erfahrung im Hauptklinikum und berichtet regelmäßig im Verwaltungsrat über ihre Arbeit. Frau Feitig ist ihr als sehr engagierte Patientenvertreterin persönlich bekannt. Sie übt diese Tätigkeit auch in Würth aus.

Herr Hoffmann zitiert den § 25 LKG, wonach eine Anhörung von Selbsthilfegruppen stattfinden soll; davon gibt es seines Wissens mindestens 2 in Speyer. Er fragt, ob diese beteiligt wurden und wenn nein, ob dies nachgeholt werden kann.

Frau Kabs erwidert, es handelt sich dabei um eine Sollvorschrift, von der abgesehen wurde, weil Frau Feitig über die lange Erfahrung im Klinikum verfügt, diese Tätigkeit bereits jetzt in Speyer übergangsweise wahrgenommen hat und bei Klinikleitung, Patientinnen und Patienten sowie der Ärzteschaft hohes Ansehen genießt.

Herr Czerny möchte wissen, wie viele Stunden die Patientenfürsprecherin vor Ort ist. Dies kann aktuell nicht beantwortet werden und müsste nachgefragt werden. Frau Feitig nimmt nach ihrem Wissen aktuell im Schnitt zwei Termine pro Monat in Speyer wahr. Evtl. lässt sich das in ihrem Jahresbericht nachlesen.

### **Beschluss:**

Im Einvernehmen mit dem Krankenhaus Träger des Pfalzkrankenhauses für Psychiatrie und Neurologie (AdöR) wählt der Stadtrat mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: Kübitz – AfD)

Frau  
Roswitha Feitig  
Kirchstraße 9  
76831 Impflingen

für die Dauer der Wahlzeit zur Patientenfürsprecherin der psychiatrischen Tagesklinik Speyer (Erwachsenenpsychiatrie) und der Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Speyer der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie Klingenstein.

Für die Wahrnehmung des Ehrenamtes wird eine Aufwandsentschädigung von 50 € monatlich gewährt.

**Gegenstand: Erhebung einer Sonderumlage durch die VRN GmbH zur Kofinanzierung aus dem Förderprogramm „Saubere Luft“**  
**[Vorlage: 0301/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Eingangs begründet die Vorsitzende die Notwendigkeit nochmals mündlich.

Frau Heller begrüßt seitens der Fraktion B90/Grüne grundsätzlich alle Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, konnte allerdings mit den in der Vorlage verwendeten Begriffen relativ wenig anfangen, weshalb um Konkretisierung gebeten wird.

Aus Sicht von Herrn Ableiter wird in aktuellen Weltraumbildern die weltweite Abnahme der Luftverschmutzung durch die Corona-Einschränkungen unmittelbar sichtbar. Auch er möchte wissen, ob aus dem Programm direkte Maßnahmen für Speyer geplant sind oder ob es sich nur um Solidaritätsbekundungen handelt.

Die Vorlage wäre nach Einlassung der Vorsitzenden nicht in den Stadtrat gebracht worden, wenn man nicht eigene Projekte in der Stadt umsetzen wollte, im Verbund mit dem starken Partner VRN. Es ist zu klären, was nach Speyer im Rahmen des ÖPNV passt; als Beispiele werden Demand Shuttles, Bürgerbus oder die Digitalisierung von Verbundsystemen erwähnt, alles natürlich vorbehaltlich der Antragstellung und Finanzierung. Die Maßnahmen müssen lokal ausgewogen sein und in den zuständigen Ausschüssen beraten werden. Hinsichtlich der Fragen von Frau Heller wird erläutert, dass es sich um verschiedene Stufen handelt, für die eine überregionale Antragstellung erforderlich ist.

Die VRN-Vorlage enthält laut Frau Dr. Mang-Schäfer viele Fahrradprojekte. Sie erkundigt sich danach, was die Fahrradbeauftragten dazu sagen. Deren Beteiligung erfolgt laut Verwaltung, wenn das Projekt startet. Zunächst geht es um die Einhaltung von Fristen zur Beantragung von Förderprojekten.

Zur Standortbestimmung fragt Herr Schneider nach, ob die Stickoxidwerte in Speyer systematisch erfasst werden und wenn ja, ob Grenzwertüberschreitungen vorliegen. Die Information wird mit dem Protokoll verschickt. \*)

Herr Dr. Wilke ist dankbar dafür, dass es neben Corona offenbar auch noch andere Aktivitäten gibt. Es handelt sich um ein Bundesprogramm, aufgesetzt für Regionen mit übermäßigen Schadstoffbelastungen. Er betrachtet es als guten Gedanken, dass eigene Projekte aufgegriffen werden können.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt nach Kenntnisnahme der dargestellten Informationen der Beteiligung an der zeitlich befristeten Kofinanzierung (2020-2022) für das Förderprogramm „Saubere Luft“ einstimmig zu (bei 1 Enthaltung: Kübitz – AfD).

\*)

*Protokollnotiz: die Messwerte der Luftmessstation des Landes in Speyer-Nord sind laufend aktualisiert im Internet unter folgender Adresse abrufbar:*

*<https://luft.rlp.de/de/zentrales-immissionsmessnetz-zimen/zimen-messstationen>*  
*(dort in den Auswahlmenüs Messstation Speyer-Nord auswählen)*

10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 28.05.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

---

**Gegenstand:** Investiver Finanzhaushalt 2020; Übertragung von Ermächtigungen für die Auszahlung aus Investitionstätigkeit des Haushaltsjahres 2019  
[Vorlage: 0300/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat nimmt die Übertragung von Ermächtigungen für die Auszahlung aus Investitionstätigkeit des Haushaltsjahres 2019 in das Haushaltsjahr 2020 zu Kenntnis.

**Gegenstand: Schlüssiges Konzept zur Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII für die Stadt Speyer**  
[Vorlage: 0299/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Popescu möchte bezüglich der Vorlage wissen, warum die Sätze bei einem 2-Personenhaushalt mit 60 qm günstiger werden.

Herr Hoffmann erkundigt sich nach der Breite der Befragung und fragt danach, welche Kreise befragt wurden bzw. wie hoch die Rücklaufquote war. Da das Gesetz auch den Mietspiegel zulässt, will er zudem wissen, warum der neue Mietspiegel nicht berücksichtigt wurde.

Frau Kabs berichtet von ca. 4.500 Rückläufern bei rund 14.500 Angeschriebenen. Die meisten Antworten kamen von den Wohnungsbaugesellschaften. Die Erstellung des Schlüssigen Konzepts durch die vorliegende Firma war wohl eine Frage der Kosten.

Herr Spieß (Fachbereich 4) erläutert vertiefend, dass die Mietspiegelrohdaten zwar verwendbar wären, der Ersteller des Mietspiegels war bei der Angebotseinholung allerdings deutlich teurer als der gewählte Dienstleister, weshalb auf die Mietspiegeldaten aus wirtschaftlichen Aspekten verzichtet wurde. Es wurden alle Vermieter angeschrieben, geantwortet haben überwiegend die Gesellschaften.

Bezüglich der Frage der Fraktion Die Linke kann lediglich gesagt werden, dass das Ergebnis der Befragung diesen Wert ergeben hat. Vermutlich war der bisherige Wert sehr hoch angesetzt worden und wird nun korrigiert. Solche Befragungswerte sind immer auch eine Momentaufnahme.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die vom ALP-Institut ermittelten Angemessenheitsgrenzen für die Anerkennung der Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII ab 01.07.2020:

<b>Personen</b>	<b>Wohnungsgröße maximal in m<sup>2</sup></b>	<b>Bruttokaltmiete bis 30.06.2020</b>	<b>Bruttokaltmiete neu ab 01.07.2020</b>
1	50 m <sup>2</sup>	408 Euro	<b>446 Euro</b>
2	60 m <sup>2</sup>	477 Euro	<b>475 Euro</b>
3	75 m <sup>2</sup>	574 Euro	<b>584 Euro</b>
4	90 m <sup>2</sup>	648 Euro	<b>690 Euro</b>
5	105 m <sup>2</sup>	730 Euro	<b>826 Euro</b>
Je weitere Person	Zusätzlich 15 m <sup>2</sup>	zusätzlich 104 Euro	zusätzlich <b>130 Euro</b>



**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen**  
[Vorlage: 0294/2020](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen (bei 1 Enthaltung: WG Schneider):

1.) Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

<b>Gremium:</b>	<b>Mitglied:</b>	<b>Stellvertreter:</b>
Ältestenrat:	<b>neu:</b> Luzian Czerny <b>für:</b> Johannes Jaberg	---
Ältestenrat:	<b>neu:</b> --- <b>für:</b> Irmgard Münch-Weinmann	---
Aufsichtsrat GEWO Wohnen GmbH (1.):	<b>neu:</b> Gudrun Weber <b>für:</b> Irmgard Münch-Weinmann	---
Ausschuss für Digitalisierung (4.):	<i>Julia Jawhari (unverändert)</i>	<b>neu:</b> Luzian Czerny <b>für:</b> Irmgard Münch-Weinmann
Ausschuss für Digitalisierung (4.):	<b>neu:</b> Dr. Owe-Karsten Lorenz <b>für:</b> Luzian Czerny	<i>Roman Wolfert (unverändert)</i>
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (5.):	<b>neu:</b> Petra Zachmann <b>für:</b> Irmgard Münch-Weinmann	<i>Lukas Lambert (unverändert)</i>
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (5.):	<i>Johannes Jaberg (unverändert)</i>	<b>neu:</b> Julia Jawhari <b>für:</b> Dr. Owe-Karsten Lorenz
Gestaltungsbeirat (12.):	<i>Volker Ziesling (unverändert)</i>	<b>neu:</b> Johannes Jaberg <b>für:</b> Dr. Owe-Karsten Lorenz
Haupt- und Stiftungsausschuss (13.):	<b>neu:</b> Luzian Czerny <b>für:</b> Irmgard Münch-Weinmann	<i>Julia Jawhari (unverändert)</i>

Haupt- und Stiftungsausschuss (13.):	<i>Hannah Heller</i> (unverändert)	<b>neu:</b> Ansgar Parzich Richard-Wagner-Straße 4 <b>für:</b> Luzian Czerny
Personalausschuss (16.):	<b>neu:</b> Gabriele Heimfarth <b>für:</b> Irmgard Münch-Weinmann	<i>Gudrun Weber</i> (unverändert)
Schulträgerausschuss (18.):	<b>neu:</b> Petra Zachmann <b>für:</b> Birgit Hoffmann-Jaberg	<b>neu:</b> Birgit Hoffmann-Jaberg Falkenturmstraße 2 <b>für:</b> Petra Zachmann
Sportausschuss (23.):	<b>neu:</b> Petra Zachmann <b>für:</b> Gudrun Weber	<i>Gabriele Heimfarth</i> (unverändert)
Verkehrsausschuss (29.):	<i>Hannah Heller</i> (unverändert)	<b>neu:</b> Sophie Etz Korn Kämmererstraße 25a <b>für:</b> Petra Zachmann
Verkehrsausschuss (29.):	<b>neu:</b> Petra Zachmann <b>für:</b> Irmgard Münch-Weinmann	<i>Gabriele Heimfarth</i> (unverändert)

2.) Auf Vorschlag der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion:

<b>Gremium:</b>	<b>Mitglied:</b>	<b>Stellvertreter:</b>
Jugendhilfeausschuss (14.):	<i>Heike Neugebauer</i> (unverändert)	<b>neu:</b> Sandra Bochmann Meisenweg 66 <b>für:</b> Ulrike Miehlbradt

/ 3

3.) Auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Jugendhelfer:

<b>Gremium:</b>	<b>Mitglied:</b>	<b>Stellvertreter:</b>
Jugendhilfeausschuss (14.):	<i>Nadine Wolniak</i> (unverändert)	<b>neu:</b> Doris Neubauer Dr.-Eduard-Orth-Straße 30 <b>für:</b> Markus Holländer

10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 28.05.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

---

**Gegenstand:** Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO  
[Vorlage: 0295/2020](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

**Gegenstand: Verschiedenes**

Die AfD-Fraktion beantragte nach TOP 8 eine Sitzungsunterbrechung wegen verweigerter Aussprachemöglichkeit zu TOP 2. Eine nähere Begründung zum Antrag nach § 17 Geschäftsordnung erfolgt trotz wiederholter Aufforderung nicht. Die beantragte Sitzungsunterbrechung wird durch die Vorsitzende zur Abstimmung gestellt. Sie erhält mit 3 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit und wird abgelehnt.

Die AfD-Fraktion will daraufhin den TOP „Verschiedenes“ nutzen, um durch Herrn Haupt eine Erklärung zu verlesen:

Die Maßnahmen der Corona-Einschränkungen seien ohne Gleichen in der Geschichte und dürfen nicht ohne demokratische Kontrolle stattfinden. Die AfD fordert eine kommunale Überprüfung der Rechtmäßigkeit, da Existenzen und die deutsche Wirtschaft gefährdet werden. Die Landesregierung werde geleitet von Panik und Führungslosigkeit. Beispiele wie Schweden zeigen, wie es anders geht. Daher distanziert sich die AfD von den Corona-Maßnahmen.

Die Vorsitzende wirft ein, die AfD melde sich nach 10 Wochen beredtem Schweigen plötzlich wieder zu Wort. Niemand in politischer Verantwortung habe eine medizinische Glaskugel, um die zukünftige Entwicklung mit dem Virus voraussagen zu können. Die AfD-Fraktion habe sich über Wochen der konstruktiven Teilnahme am Informationsaustausch der Telefonkonferenzen zwischen Stadtvorstand und den Fraktionsspitzen im Rat entzogen, um nun populistische Forderungen aufzustellen, die nicht im Ermessensspielraum der Kommune stehen.

Dem ist laut Herrn Dr. Wilke nichts hinzuzufügen, was das Agieren der AfD angeht. Hinsichtlich des Endes der Antragsfrist aus dem in der letzten Sitzung beschlossenen Hilfsprogramm bittet er um eine Rückmeldung über den Sachstand.

Laut Vorsitzender sind zahlreiche Anträge von den unterschiedlichsten Gruppierungen eingegangen. Der Fördertopf wird vermutlich nicht ganz ausgeschöpft. Möglicherweise findet eine weitere Ausschüttung nach der Sommerpause statt. Zu klären sind auch noch Fragen, wie z.B. die Mehrfachantragstellung bei Land und Stadt.

Auch Herr Ableiter unterstreicht die Frage der Zuständigkeiten; ohne entsprechende Landesverordnung wären weiterreichende kommunale Rechtsverordnungen möglich, ansonsten nicht. Einige Länder, wie Großbritannien, die sich bewusst gegen Maßnahmen entschieden haben, weisen eine erhebliche Übersterblichkeit gegenüber den vergleichbaren Zeiträumen in den Vorjahren auf. Auch in Schweden gibt es 4x mehr Tote als in den anderen skandinavischen Ländern, während in Deutschland keine erkennbare Übersterblichkeit verzeichnet wird. Dies bewertet er als Leistung der strengen Maßnahmen. Die Argumentation, es dürfe infolge der Maßnahmen nicht mehr Tote geben als ohne, bezeichnet er als Weg in den Wahnsinn. Aktuelle Beispiele in Frankfurt und Leer zeigen, dass die Gefahr nicht gebannt ist.

Die Rednerliste wird durch die Vorsitzende geschlossen. In dem sich noch anschließenden Wortwechsel mit Herrn Haupt fallen von dort Begriffe wie „marxistische Diktatur“.

Die Vorsitzende informiert ferner darüber, dass die Ratssitzung am 18.06. im großen Saal stattfindet; im Anschluss an die Sitzung wird es keinen Umtrunk geben.

Hinsichtlich der Anfrage aus verschiedenen Fraktionen teilt sie mit, dass eine große Ferienbetreuung dieses Jahr leider nicht möglich ist. Die Jugendförderung arbeite aber intensiv an Ersatzlösungen. Dazu berichtet Frau BM Kabs. Bei dieser Gelegenheit stellt sie den neuen Leiter der JuFö, Herrn Zimmermann, vor. Es gäbe große Einschränkungen – auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Angebot der Kettcar-Termine werde sehr gut angenommen, inzwischen liegen 107 Buchungen vor. Ein Blick auf die Webseite der JuFö lohne sich. Für Kinder von 6-12 werden dezentrale Angebote vorgehalten, allerdings ohne Bustransport, dafür mit mehr Personal. Diese beinhalten Frühstück und Mittagessen. Beteiligt sind verschiedene Partner, z.B. die Pfarrei Pax Christi, die Ev. Landeskirche, das Forstamt Rheinauen etc.. Die Eltern müssen ihre Kinder allerdings bringen und holen. Täglich wird ein Ausflug angeboten, der auf der Homepage beschrieben wird. Die Anmeldung eine Woche vorher ist erforderlich.

Herr Zimmermann beschreibt das Programm in 11 Gruppen (2 Wochen), weiteres pädagogisches Personal möge sich bitte bei der JuFö melden. Dort versucht man, auf den bisherigen Regeln ein Angebot zu stricken. Man würde gerne mehr Angebote machen, aber Corona erlaube dies nicht.

Frau Keller-Mehlem möchte wissen, wie viele Wochen pro Kind möglich sind. Laut Herrn Zimmermann kann jedes Kind max. 2 Wochen betreut werden.

Herr Ableiter begrüßt, dass auch schon Vereine angefragt wurden. Bei 2 Gruppen pro Verein oder Schule müsste man ein richtig großes Angebot realisieren können.

Frau Kabs bremst diese Euphorie, weil man dafür dann auch das entsprechende Personal brauche. Sie verliest eine lange Liste von Partnern, die unterstützen; gebraucht werden mindestens 3 Betreuer/innen pro Gruppe. Die Ministerin hat zusätzliche Mittel zugesichert (allerdings in unbekannter Höhe). Auch die Rucksackschule hat eine Gruppe im Bereich nachhaltige Bildung angemeldet. Dies alles sei Neuland für die Stadt; evtl. ist auch Schulbetreuung möglich.

Herr Zimmermann weist darauf hin, dass auch die kath. Kindergärten durchgängig betreuen werden; ebenso hat die evangelische Jugend 3 Wochen angeboten. Die Schulen sind nach wie vor „ADD-Land“ und stehen für eine städtische Nutzung nicht zur Verfügung. Diesbezüglich sollte die Stadtspitze laut Herrn Ableiter bei der Landesregierung anfragen.

Frau Heller ruft Jugendliche auf, sich als Betreuerinnen und Betreuer zu bewerben. Herr Zimmermann erinnert an die Altersgrenze und die notwendigen pädagogischen Erfahrungen.

10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 28.05.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.1

---

**Gegenstand: Übertragung des Erbbaurechts an dem Grundstück Am Sandhügel 35**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Übertragung des Erbbaurechts an einer Teilfläche von 136 qm des Grundstücks Am Sandhügel 35, Flurstücks-Nr. 5612/409, zu 136 qm wird zugestimmt.

**Gegenstand: Verkauf des städt. Grundstückes Flurstück Nr. 4295/149 mit 1.066 m<sup>2</sup> - Stockholmer Straße**

Frau Heller erkundigt sich danach, was das Unternehmen mit der Fläche vorhat. Sie sieht es als bedenklich, dass immer mehr Fläche überbaut/versiegelt wird, auch im Industriegebiet. Die Vorsitzende erwidert, hier gehe es um einen Abwägungsprozess, eine ortsansässige Firma am Standort zu halten, obwohl es nur noch wenige Möglichkeiten eines Angebotes gibt. Die Frage von Versiegelung und Ausgleich werden durch baurechtliche Auflagen der Bauordnung geregelt.

Herr Dr. Lorenz erneuert die Position, dass die Grünen die Errichtung von Erbpacht präferieren, weshalb er sich enthalten wird.

Auch die Linke lehnt die Vorlage durch Herrn Popescu aus den bekannten Gründen ab und spricht sich für Erbpacht aus.

Herrn Ableiter gefällt der Tonfall nicht, der neuerdings bei Gewerbeansiedlung angeschlagen wird. Für solche Zwecke sind explizit Industriegebiete ausgewiesen, entsprechend andernorts Schutzzonen. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen sollte man ansiedlungsbereite Unternehmen nicht mit übermäßigen Auflagen überfordern. Bei Banken werden Kredite nur mit Grundstück als Sicherheit gewährt.

Herr Haupt unterstützt diese Sichtweise. Wohnraum könnte im Speyerer Norden geschaffen werden.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: Die Linke, und 4 Enthaltungen: B90/Grüne):

Dem Verkauf des Flurstückes Nr. 4295/149 mit insgesamt 1.066 m<sup>2</sup> wird zugestimmt.

10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 28.05.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.1 bis 13.11

---

**Gegenstand: Personalangelegenheiten**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt den von der Verwaltung vorgelegten Personalentscheidungen einstimmig zu.



10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 28.05.2020



10. Sitzung des Stadtrates 28.05.2020 **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!